



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Außenpolitik	7
4.	Türkische Zyprioten	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

!!! Jetzt auch auf Facebook

www.facebook.com/FEScyprus !!!

1. Das Zypernproblem

Im Juli hielten Präsident Nicos Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Derwisch Eroglu drei Treffen im Rahmen der zweiten Phase der derzeit stattfindenden Verhandlungen ab. Sie versuchten, eine Einigung bei den vertrauensbildenden Maßnahmen zu erreichen und diskutierten die zuvor vereinbarten Konvergenzen sowie die Vorgehensweise in der nächsten Phase der Friedensgespräche.

Im Hinblick auf die vertrauensbildenden Maßnahmen, wurden die türkisch-zypriotischen Vorschläge von der griechisch-zypriotischen Seite abgelehnt, da dies eine Aufwertung der ‚TRNZ‘¹ bedeutet hätte. Andererseits lehnte die türkisch-zypriotische Seite eine Rückgabe der Geisterstadt Varosha ab, was auf der Prioritätenliste der griechischen Zyprioten ganz oben stand. Bei dem Treffen am 24. Juli legten beiden Seiten zum ersten Mal detaillierte Vorschläge über alle Aspekte des Zypernproblems vor, obwohl beide Seiten in vielen bislang besprochenen Fragen noch weit auseinanderliegen. Die griechischen Zyprioten übergaben insge-

samt 17 Dokumente, worin sie den Standpunkt der griechisch-zypriotischen Seite in Bezug auf die unterschiedlichen Aspekte einer zukünftigen Lösung präsentierten. Die türkischen Zyprioten hingegen legten 15 Dokumente vor, die alle Punkte, u.a. auch die schwierigen Sicherheits- und territorialen Fragen, adressierten, wobei jedoch keine Karte beigelegt war.

Daher wurden die Friedensgespräche wegen der Sommerpause ohne Einigung über die bisher erzielten Konvergenzen oder die Vorgehensweise in der nächsten Phase unterbrochen. Das nächste Treffen zwischen Anastasiades und Eroglu ist für den 2. September geplant. Die beiden Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis und Kudret Özersay, werden an einem für den 26. August festgesetzten Treffen über die weitere Vorgehensweise und vertrauensbildenden Maßnahmen diskutieren.

Der türkisch-zypriotischen Tageszeitung *Halkin Sesin* zufolge brachte das griechisch-zypriotische Team einen Vorschlag ein, wonach eine kleine Armee auch nach einer Lösung auf der Insel stationiert bleiben sollte, entgegen der bisher stets vorgebrachten Forderung der griechisch-zypriotischen Seite nach einer vollständigen Entmilitarisierung Zyperns. Die derzeitigen Konflikte in Syrien, Palästina, der Ukraine und Georgien wurden als Beispiele für zukünftige Sicherheitserfordernisse genannt.

Am 24. Juli besuchten Anastasiades und Eroglu gemeinsam das forensische Labor des Komitees für vermisste Personen (Committee for Missing Persons – CMP).

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Derwisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das *Acquis communautaire* ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Als Reaktion auf die Anwesenheit von in der Republik Zypern akkreditierten Botschaftern an einem, vom Außenministerium der ‚TRNZ‘ veranstalteten Mittagessen im Norden, veröffentlichte die Regierung am 1. Juli eine *note verbale*, in welcher der Rahmen für Kontakte zwischen ausländischen Botschaftern und türkisch-zypriotischen Vertretern als Repräsentanten eines international nicht anerkannten Staates dargelegt wurde. Die *note verbale* war ein deutliches Zeichen für die Verärgerung der Regierung. Die Botschafter wurden gewarnt, dass ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu einer Herabstufung der Treffen mit den rechtmäßigen Vertretern Zyperns führen werde.

Das bikommunale Komitee für kulturelles Erbe und die Vereinten Nationen gaben am 1. Juli den Vertragsabschluss für die erste Restaurierungsphase des geschichtlich bedeutsamen griechisch-orthodoxen Klosters Apostolos Andreas, das sich auf der Karpas Halbinsel befindet, bekannt. Die erste Phase soll 22 Monate dauern. Das Projekt wird gemeinsam von der Kirche Zyperns und der türkisch-zypriotischen Evkaf Stiftung finanziert. Beiden Seiten beteiligen sich mit jeweils 2,5 Millionen Euro an der Restaurierung, während USAID 25.000 Euro bereitstellt.

Am 14. Juli stellten der EU-Abgeordnete Costas Mavrides und die Stiftung ‚Zyprioten gegen Kriegsverbrechen‘ (Cypriots Against War Crimes – CATWR) bei dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eine Strafanzeige gegen die Türkei. Darin wird eine Untersuchung gegen jene Personen gefordert, die an dem Kriegsverbrechen der direkten oder indirekten

Ansiedlung von Zivilisten in einem besetzten Gebiet durch eine Besatzungsmacht beteiligt gewesen sein sollen. Falls das Gericht das Verfahren eröffnet, wird der Ankläger des IStGH eine Untersuchung veranlassen, um jene Personen zu identifizieren, welche eine aktive Rolle bei der Durchführung dieses Kriegsverbrechens spielten. Bei hinreichendem Beweismaterial folgen eine Anklage und ein Haftbefehl gegen die entsprechenden Personen. Die Regierung erklärte sich bereit, dem IStGH entsprechende Unterlagen und Beweismittel über die durch die türkische Regierung geförderte Ansiedlung von türkischen Staatsbürgern in den besetzten Gebieten Zyperns zur Verfügung zu stellen.

Am 15. Juli jährte sich zum 40. Mal der Tag des Umsturzversuches der griechischen Junta gegen den damaligen zypriotischen Präsidenten Makarios. Dies veranlasste die türkische Armee am 20. Juli 1974 in Zypern einzumarschieren und ein Drittel der Insel zu besetzen, was zu einer de facto Teilung des Landes führte. Im Andenken an die während der Invasion Getöteten wurden in der Republik Zypern Gottesdienste abgehalten. In der ‚TRNZ‘ wurden hingegen Feierlichkeiten abgehalten, um den, wie es im türkisch-zypriotischen Diskurs genannt wird, Friedenseinsatz zu feiern. Der türkische Präsident Abdullah Gül nahm auch an den Feierlichkeiten teil.

Am 27. Juli traf Anastasiades den griechischen Premierminister Antonis Samaras während eines zweitägigen Besuchs in Athen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die ins Stocken geratenen Friedensverhandlungen.

Am 30. Juli erneuerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der auf Zypern stationierten UN-Friedenstruppe UNFICYP um weitere sechs Monate bis zum 31. Januar 2015.

2. Gasvorkommen

Am 30. Juli unterzeichneten die Regierung und das italienisch-südkoreanische Joint Venture ENI-KOGAS eine vorläufige Absichtserklärung (Memorandum of Understanding – MoU) zur weiteren Erkundung der vor Zyperns Küsten lagernden Gasvorkommen. ENI und KOGAS halten Förderkonzessionen für die Blöcke 2, 3 und 9 innerhalb Zyperns Ausschließlicher Wirtschaftszone mit einem Anteil von 80% bzw. 20%. Energieminister Giorgos Lakkotrypis gab bekannt, dass das Konsortium Ende des Sommers mit den Explorationsbohrungen im Onasagoras Feld in Block 9 beginnen werde. Sechs mögliche Felder wurden bisher in den drei Blöcken, für welche ENI-KOGAS die Lizenz hält, identifiziert. Es wird erwartet, dass Noble die nächsten Explorationsbohrungen in Block 12 Anfang 2015 durchführen wird, während Total, mit Konzessionen in den Blöcken 10 und 11, wohl gegen Ende 2015 mit den Testbohrungen beginnen wird.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Eine Delegation der Troika² kam am 14. Juli für die fünfte Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms nach Zypern.

Die Troika begann ihre Bewertung mit dem wichtigen Thema der faulen Kredite, die 45% aller Kredite ausmachen, oder 27,1 Milliarden Euro von insgesamt 60 Milliarden Euro. Das Kernproblem, das während der Überprüfung zum Vorschein kam, ist das Gesetz zur Festlegung der Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, das für die Troika ausschlaggebend ist bei der Bewältigung der zunehmenden Zahl der faulen Kredite. Das Gesetz soll es den Banken ermöglichen, zur Begleichung der Hypothekenschulden Eigentum auf privaten Auktionen zu versteigern. Erstwohnsitze sollen davon zeitlich begrenzt bis Jahresende ausgeschlossen sein. Bis dahin plant die Regierung die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Insolvenzgesetzes. Das neue Gesetz soll ein Sicherheitsnetz beinhalten, das betroffenen Hausbesitzern verschiedene Alternativen anbietet. Das Gesetz zielt hauptsächlich darauf ab, dass die Inhaber eines faulen Kredites ihren Zahlungen nachkommen oder ihre Kredite restrukturieren. Die derzeitige Gesetzeslage erlaubt es aufgrund komplexer rechtlicher Verfahren, dass sich die Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaß-

² Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB).

nahmen teilweise mehr als zehn Jahre hinziehen kann.

Es haben sich jedoch alle Parteien gegen ein Insolvenzgesetz ausgesprochen. AKEL, DIKO und EDEK drohten damit, das Gesetz bei einer Abstimmung im Parlament abzulehnen, falls eine rechtliche Absicherung für den ersten Wohnsitz nicht im Gesetz enthalten sein sollte. DISY und EVROKO reagierten mit mehr Zurückhaltung und kritisierten die Banken für die Zunahme der faulen Kredite ohne jedoch eine Bereitschaft zur Annahme des derzeitigen Gesetzesentwurfes zu signalisieren. Wenn das Parlament bis September das Gesetz nicht verabschiedet, wird die nächste Tranche der Finanzhilfe in Höhe von 436 Millionen Euro nicht ausgezahlt werden. Das Gesetz wurde schließlich am 30. Juli vom Kabinett verabschiedet so dass es ins Parlament eingebracht werden kann.

Die Gläubiger beendeten ihren Besuch am 25. Juli und bestätigten, dass Zyperns Finanzen auf dem richtigen Weg seien. Desgleichen zeigten sich die Gläubiger zufrieden über die Fortschritte beim Aufbau eines nationalen Gesundheitswesens. Berichten des IWF zufolge könnte Zyperns Wirtschaft 2015 wieder wachsen. Der Bericht wies jedoch auch darauf hin, dass die positiven Prognosen durch die Spannungen in der Ukraine und die Zunahme der faulen Kredite in Frage gestellt werden könnten und betonten die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung in Bezug auf Zwangsvollstreckungen und Zahlungsdisziplin.

Am 5. Juli stufte Fitch Ratings die langfristigen Emittenten der BoC auf CC von RD und diejenigen der Hellenic Bank auf CCC von RD hoch.

Eurostat zufolge verzeichnete Zypern im ersten Quartal 2014 die größte Zunahme des gesamtstaatlichen Schuldenstandes im Verhältnis zum BIP innerhalb der Eurozone von 87,6% auf 112,2%.

Am 28. Juli gab der Vorstand der BoC die erfolgreiche private Platzierung von 4,17 Milliarden neuen Stammaktien zu einem Preis von 24 Cent pro Aktie bekannt, was einer Kapitalaufstockung von 1 Milliarde Euro entspricht. Die Aufstockung führte zu einer tiefgreifenden Änderung bei der Aktionärsbasis von Zyperns größter Bank, die nach mehr als einem Jahrhundert in ausländische Hände fiel. Die Investitionen werden die Kapitaladäquanz der Bank auf eine solide Basis stellen und sie so zu einer der kapitalkräftigsten Banken Europas machen. Nach der Kapitalaufstockung beläuft sich die Zahl der Aktien auf 8,9 Milliarden, wovon die neu emittierten Aktien 47% ausmachen. Die Aktien wurden an eine breit gefächerte Auswahl institutioneller Anleger aus Europa, Nordamerika und Russland ausgegeben. U.a. investierten die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 120 Millionen Euro und WL Ross & Co. LLC³ 400 Millionen Euro, was ca. 19% des gesamten Aktien-

³WL Ross & Co. LLC ist Beteiligungsgesellschaft, die sich auf Umstrukturierungen, Firmenaufkäufe, Turnarounds, Reorganisation und Branchenkonsolidierung spezialisiert hat. Die Firma, dessen Eigentümer der amerikanische Milliardär Wirlbur Ross ist, investiert in finanziell angeschlagene Firmen.

volumens entspricht. Dadurch könnte die Firma der größte Anteilseigner der BoC werden und die Laiki-Anleger, die über 18% der Anteile verfügen vom ersten Platz ablösen.

Als Teil der langsamen Erholung gab die Bank Termingeldeinlagen mit einer Laufzeit von 12 Monaten in Höhe von 927 Millionen Euro frei, die seit Juli 2013 aufgrund der Rekapitalisierungsbeschränkungen blockiert waren.

In der Zwischenzeit hat sich die Vereinigung alter Aktionäre der BoC gegen die Kapitalaufstockung in Höhe von 1 Milliarde Euro ausgesprochen. Zusammen mit ihrem Vorsitzenden, Erzbischof Chrysostomos, drohen sie mit einer gerichtlichen Klage gegen die Bank. Die Aktionärsvereinigung verlangt die Wiederherstellung der alten Beteiligungsverhältnisse an der Bank, indem entweder der durch die Übernahme der ehemaligen Laiki Bank der BoC zugeflossene Gewinn von 1,9 Milliarden Euro berücksichtigt wird, oder indem das Eigentum der BoC im Norden mit einem Nullwert bilanziert wird. Der Aktienwert der alten Anteilseigner ging im März 2013 auf 1% zurück, nachdem 47,5% der ungesicherten Einlagen in Aktienkapital umgewandelt worden waren und die ehemalige Laiki Bank eingegliedert wurde. Zudem hatte der Verkauf der griechischen BoC-Filialen an die Piräus Bank den Aktienwert reduziert.

In einem Bericht des Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) des amerikanischen Finanzministeriums wird die Federal Bank of Middle East (FBME) der Geldwäsche und der Beteiligung an finanziellen Aktivitäten des

internationalen organisierten Verbrechens und der Hisbollah beschuldigt. Daraufhin wurde die Bank unter die Aufsicht der zypriotischen Zentralbank gestellt. Seit dem 24. Juli sind alle Geschäfte der Bank suspendiert. Die FBME mit Firmensitz in Tansania betrieb ihre Geschäfte vor allem von Zypern aus und weist alle Vorwürfe des amerikanischen Finanzministeriums zurück. Stattdessen sei die Bank Opfer einer feindlichen Übernahme. Zudem habe das US-Finanzamt den Bericht ohne Wissen der Bank verfasst. Während der Verhandlungen über das MoU hatte die Bank der Republik Zypern mit dem Kauf von kurzfristigen Schatzwechseln in Höhe von 240 Millionen Euro unter die Arme gegriffen. Im April 2013 hatte die Bank ein vollständiges Audit durch die deutsche Niederlassung der KPMG durchlaufen und danach alle empfohlenen Maßnahmen eingeführt.

Die amerikanische Buena Vista Hospitality Group (BVHG), die auf Hotel- und Resortmanagement spezialisiert ist, plant den Bau ihrer Firmenzentrale für das östliche Mittelmeer, den Mittleren Osten und den Balkan in Zypern. Die BVHG möchte u.a. Europas größtes Gesundheits-, Wellness- und Sportresort in Zypern bauen. Noch interessanter – und kontroverser – dürfte das von der Gruppe geäußerte Interesse an einem Joint Venture mit der Kirche Zyperns an der Renovierung des Ledra Palace Hotels in Nikosia sein. Das Hotel, in dem seit 1974 zahlreiche hochrangige Treffen zwischen griechisch- und türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertretern stattgefunden haben, befindet sich in Nikosias Pufferzone und dient derzeit als Hauptquartier für das UN-Roulement Regiment in Sektor 2, das Teil der UNFICYP ist.

Als Teil ihrer Politik, die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der zypriotischen Wirtschaft zu stärken, verabschiedete die Regierung ein ländliches Entwicklungsprogramm für den Zeitraum 2014 bis 2020. Das Programm beläuft sich auf 240 Millionen Euro. Zusätzliche 53 Millionen Euro werden einem Fischereiförderprogramm zur Verfügung gestellt, wovon 40 Millionen Euro aus EU-Töpfen stammen. Die Zulassung des zypriotischen Halloumikäses als Produkt mit geschützter Herkunftsbezeichnung durch die EU wird als ein wichtiger Schritt bewertet, ist aber gleichzeitig problematisch, da der von den türkischen Zyprioten hergestellte Helim nicht unter diesen Schutz fällt. Die Zulassung des Halloumi als Produkt mit geschützter Herkunftsbezeichnung mit einer genau festgesetzten Menge an Ziegen- und Schafsmilch hat eine Zunahme des Viehbestandes zur Folge, was wiederum das Interesse ausländischer Investoren geweckt hat.

Außenpolitik

Der Luftverkehr über Zypern verdichtete sich deutlich, als zwischen dem 22. und 24. Juli aus den USA und Europa kommende Flüge Richtung Tel Aviv gestrichen und nach Zypern umgeleitet wurden. In dieser Zeit wurden zusätzliche Flüge von Tel Aviv nach Zypern eingerichtet.

Eine weitere Konsequenz des derzeitigen Gaza-Krieges ist die Verlegung von einem Champions und Europa League Qualifikationsspiel von Israel nach Zypern.

Wie viele andere Staaten auch schloss Zypern seine Botschaft in Libyen, nachdem die Kämpfe

zwischen rivalisierenden Milizen an Zahl und Schwere zunahmen.

Das in letzter Zeit zunehmende amerikanische Interesse an Zypern aufgrund der Gasfunde wird als ein Hauptgrund für die Besuche hochrangiger US-Regierungsvertreter gesehen. Der Zeitung *USA Greek Reporter* zufolge habe sich die Position Zyperns hin zu der eines strategischen Partners für die USA verändert. Der amerikanische Außenminister Joe Biden betonte kürzlich, dass ein vereintes Zypern von höchster Wichtigkeit sei, falls – im Hinblick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine – alternative Gaslieferanten gefunden werden müssten. In seinen Augen würde auch die Türkei von einer Lösung des Zypernproblems profitieren. Der Druck Amerikas richtet sich auch auf den Rückzug von auf Zypern stationierten türkischen Truppen. Außerdem spiele Zypern im regionalen Kontext eine wichtige Rolle und sei aus amerikanischer Perspektive ein wichtiges Bindeglied im Kampf gegen den Terrorismus.

4. Türkische Zyprioten

Der Juli begann mit den Nachwehen der Kommunalwahlen für die politischen Parteien. Keine der politischen Parteien war mit dem Ergebnis zufrieden. Nach dem Verlust von Nikosia, Famagusta und Kyrenia, befand sich der größere Partner der Regierungskoalition, die Republican Turkish Party – United Forces (CTP-BG) in einer Krise, obwohl sie im Gesamtergebnis die höchste Anzahl aller Stimmen erhalten hatte.

Die abgewählten Bürgermeister der CTP-BG schrieben den Verlust den innerparteiischen Konflikten und dem Mangel an Parteidisziplin zu. Insbesondere der scheidende Bürgermeister von Famagusta, Oktay Kayalp, beschuldigte einige hochrangige Parteimitglieder des Verrats. Daher verlangte die Parteiführung des Famagustadistrikts, dass die Partei ein Disziplinarverfahren gegen jene Mitglieder einleiten solle, die für den Stimmenverlust verantwortlich seien. Im Großen und Ganzen kann die Situation in Famagusta als eine Abrechnung betrachtet werden. Es wird berichtet, dass der Riss zwischen den beiden Gruppen letztes Jahr im Vorfeld der Parlamentswahlen entstand. Diejenigen Kandidaten, welche damals während der Wahlen von anderen Parteimitgliedern untergraben worden waren, sollen sich nun während der Kommunalwahlen mit einer Gegenkampagne revanchiert haben. Nach hitzigen Diskussionen zwischen Parteimitgliedern und Sympathisanten entschied die Partei, dass ein eigens eingerichteter Ausschuss die Anschuldigungen untersuchen solle. Außerdem beschloss die Partei zur Lösung parteiinterner Probleme die Einrichtung eines Mechanismus zur Selbstkritik und zur Wahrung der Parteidisziplin.

Im Juli gab die Oberste Wahlbehörde die Ergebnisse der Kommunalwahlen bekannt. Die CTP-BG Kandidaten gewannen 111 von 272 Sitzen, während die National Unity Party (UBP), die Democratic Party – National Forces (DP-UG), die Sozialdemokratische Partei (TDP), die United Cyprus Party (BKP) und die New Cyprus Party (YKP) je 102, 42, 14, 2 und 1 Sitze gewannen. Die BKP und YKP sind nach dieser Kommunal-

wahl zum ersten Mal in den Rathäusern vertreten.

Ende des Monats waren die Beziehungen zwischen dem Präsident und der CTP-BG aufgrund des Verhandlungsprozesses in der Zypernfrage gespannt. Zunächst hatte Präsident Derwisch Eroglu Außenminister Özdil Nami dafür kritisiert, dass jener gesagt habe, Präsident Anastasiades habe während eines Treffens der beiden Politiker am 24. Juli den Verhandlungstisch nicht verlassen. In einer schriftlichen Mitteilung aus Eroglus Büro hieß es, dass ‚eine Führungsfigur über eine Angelegenheit, die Aufmerksamkeit und Bestürzung hervorgerufen hat, sich derart ausgelassen hat, dass Präsident Anastasiades ohne Zweifel nicht den Verhandlungstisch verlassen habe. Somit hat die Führungsperson die Tatsachen ignoriert und ist fast schon ein Fürsprecher für Anastasiades geworden. Die Tatsache, dass diese Person auf ihrer Aussage besteht und sie trotz aller gegenteiligen Informationen und Warnungen nicht korrigiert, wird als Provokation gewertet.‘

In einem Antwortschreiben des Generalsekretärs der CTP-BG, Kutlay Erk, wurden die Anschuldigungen des Präsidenten gegen Nami ‚auf das Schärfste verurteilt‘. Erk zufolge seien die Angriffe des Präsidenten gegen den Außenminister inakzeptabel. Der Präsident schulde Nami sowie der Bevölkerung eine Entschuldigung für seine unglückliche Behauptung, die Erinnerungen an den Kalten Krieg hervorrufe. Des Weiteren bezeichnete Erk Informationen, wonach Anastasiades den Verhandlungstisch verlassen habe, als ‚vorsätzliche Propaganda‘ und kritisierte die Strategie des

Präsidenten bei den Verhandlungen. Diese sei nicht im Interesse der türkischen Zyprioten und kontraproduktiv.

Zuvor hatte Özdil Nami während eines Fernsehauftrittes in einem anderen Zusammenhang gesagt, dass der Verhandlungsprozess völlig gescheitert sei. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der ehemalige türkisch-zypriotische Präsident Mehmet Ali Talat indem er sagt, dass der derzeitige Verhandlungsprozess in einer Sackgasse stecke.

Der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Kudret Özersay erwägt, sich als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr aufstellen zu lassen. Andere mögliche Kandidaten sind der derzeitige Amtsinhaber Eroglu, sein Vorgänger Talat, der ehemalige stellvertretende Premierminister Mustafa Akanci, Özdil Nami und die Parlamentspräsidentin Sibel Siber.

Premierminister Özkan Yorgancıoğlu besuchte am 11. Juli den türkischen Premierminister Erdogan in Istanbul, um Gespräche über die wirtschaftliche Lage und die mit der Dürre im Norden Zyperns einhergehenden Probleme zu führen. Nach seiner Rückkehr bezeichnete Yorgancıoğlu das Treffen als sehr positiv und ernsthaft. Neben den bestehenden Problemen sei auch der Haushaltsplan für 2014 analysiert worden mit dem Ergebnis, dass die Ziele für 2014 erreicht werden würden. Die positiven Ergebnisse des Besuches würden sehr bald zu spüren sein. Yorgancıoğlu wurde während des eintägigen Besuches von Finanzminister Zeren Mungan sowie dem Minister für Landwirtschaft und Energie, Önder Sennaroglu, begleitet.

Zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Türkei wird am 10. August der Präsident direkt vom Volk gewählt. Im Ausland lebende Türken haben zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Stimmen in dort eingerichteten Wahllokalen abzugeben. In Zypern lebende Türken können ihre Stimme in zwei Wahllokalen in Nikosia zwischen dem 31. Juli und dem 3. August abgeben. Angeblich sind 92.000 im Norden lebende türkische Staatsbürger zur Wahl berechtigt. Binali Yildirim, der ehemalige türkische Transportminister und Chefberater des türkischen Premierministers und Präsidentschaftskandidaten Erdogan kam für eine Wahlveranstaltung in den Nordteil der Insel.

Der Vorsitzende der DP-UG und stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch wurde nach einem Zusammenbruch während einer Parlamentssitzung mit Verdacht auf einen Herzinfarkt in eine Klinik gebracht.

Am 11. Juli besprachen die griechisch- und türkisch-zypriotischen Bürgermeister von Nikosia, Constantinos Yiorkadjis und Mehmet Harmanci, zum ersten Mal eine Liste von dringlichen Aufgaben, bei denen beide Stadtverwaltungen zusammen arbeiten können. Das Treffen fand im Home for Cooperation in der Pufferzone statt.

Am 10. Juli stellten die türkisch-zypriotische Handelskammer und die zypriotische Handels- und Industriekammer ihr gemeinsames Projekt ‚Wir geben ein Beispiel‘ vor. Das Projekt soll zur Aussöhnung zwischen Geschäftsleuten auf beiden Seiten beitragen und wurde auf einer Pressekonferenz in der Pufferzone präsentiert.

Die Kommission für finanzielle Unterstützung unter Leitung der türkischen Botschaft in Nikosia veröffentlichte ihren ‚Bericht zur wirtschaftlichen Lage der TRNZ für das Jahr 2013‘. In dem Vorwort zu dem Bericht, betonte der türkische Botschafter Halil Ibrahim Akca die Notwendigkeit der vollständigen Durchführung aller in dem Programm aufgeführten Reformen zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und Schaffung von Wohlstand in der ‚TRNZ‘. Falls dies nicht geschehe, werde der Abstand zur Türkei größer und die Möglichkeit verpasst, auf das Niveau des Südens zu kommen. Akca betonte, dass die Bitte um finanzielle Unterstützung durch Ankara statt der Schaffung neuer Ressourcen vor Ort die Beziehungen mit der Türkei auf eine ungesunde Basis gestellt habe. Dem Bericht zufolge wuchs die türkisch-zypriotische Wirtschaft 2013 um 2%, während das Pro-Kopf-BIP bei 15.622 US-Dollar lag, d.h. 227 US-Dollar höher als im Vorjahr.

Nach einem Bericht des amerikanischen Außenministeriums über Geldwäsche und Finanzverbrechen, sind die Mittel und Maßnahmen für die Umsetzung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche im Norden Zyperns derzeit unzureichend. Demzufolge seien sich Experten einig, dass der Mangel an Ressourcen und Expertise zur Bekämpfung der Geldwäsche dazu führe, dass Kasinos sowie der Unterhaltungs- und Spielsektor nur unzureichend reguliert und daher besonders anfällig für Geldwäscheaktivitäten seien. Zudem seien in den Augen der Strafverfolgungsbehörden die mangelnde Kontrolle der Geldverleiher und Wechselstuben äußerst problematisch.

Am 24. Juli fand ein bewaffneter Überfall auf der Autobahn zwischen Nikosia und Morfou statt. Zwei maskierte Männer hielten einen unbegleiteten Mietwagen an, in dem sich drei Millionen Türkische Lira (ca. eine Million Euro) befanden. Das Geld sollte von der Hauptfiliale der Cooperative Bank in Nikosia zu einer Filiale nach Morphou gebracht werden. Die Verantwortlichen der Bank wurden heftig für die unzureichenden Vorsichtsmaßnahmen bei dem Transport größerer Geldmengen kritisiert. Zudem wurde bemängelt, dass das Geld von der bankeigenen Versicherung versichert worden war. Obwohl zwei Verdächtige festgenommen wurden, standen die Art und Weise der polizeilichen Untersuchung ebenfalls in der Kritik.

Am ersten Tag des Eid al-Fitr, welcher das Ende des Fastenmonats Ramadan einläutet, wurde einer Gruppe von Pilgern aus dem Norden, in der sich auch türkische Staatsbürger befanden, eine Sondergenehmigung zum Gebet in der Hala Sultan Tekke in Larnaca erteilt. Talip Atalay, der Leiter der Behörde für religiöse Angelegenheiten, dankte den beiden Volksgruppenvertretern und der Kirche Zyperns für ihren Anteil am Zustandekommen des Besuches. Dies, so Atalay, sei ein sehr wichtiger Schritt hin zum Frieden.

5. FES Zypern Veranstaltungen

August

4. – 10. August 2014

WINPEACE / FES

Summer Youth Peace camp

Zypern



22. August – 2. September 2014

IKME / BILBAN / FES

Deutsch-Zypriotisches Jugendaustauschprogramm

Deutschland – Berlin/Hannover



September

Freitag-Samstag 26.9. - 27.9. 2014

GOETHE / UCY / FES

Konferenz

Cyprus in World War I

Goethe-Institut Cyprus (in der Pufferzone
neben dem Ledra Palace)

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com